

Gremium	Datum	Behandlung
Finanzausschuss	15.03.2011	Ö

Verfasser: Frau Martina Radszuweit

Amt/Aktenzeichen: 3-328-00

## Bundeskartellamt verhängt Bußgelder gegen Feuerwehrfahrzeughersteller

**Zusammenfassung:** Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

\_\_\_\_\_  
Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
Verfasser

### **elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:**

Martina Radszuweit am 04.03.2011

Bürgermeister Rainer Voß am 07.03.2011

**Sachverhalt:** Per E-Mail am 14.02.2011 wurde die Verwaltung mit Rundschreiben Nr. 21/2011 des Städteverbandes Schleswig-Holstein darauf aufmerksam gemacht, dass das Bundeskartellamt Bußgelder in Höhe von 20,5 Mio.€ gegen drei Hersteller von Feuerwehrlöschfahrzeugen verhängt hat.

Bei den drei Unternehmen handelt es sich nach Pressemitteilung des Bundeskartellamtes um die Albert Ziegler GmbH & Co. KG in Giengen an der Benz, die Schlingmann GmbH & Co. KG in Dissen sowie die Rosenbauer-Gruppe mit Standorten in Luckenwalde und Leonding/Österreich. Gegen einen vierten Hersteller würde das Verfahren noch fortgeführt.

Mit Rundschreiben Nr. 25/2011 wurde das vierte beteiligte Unternehmen benannt, es ist Iveco.

Die an dem Kartell beteiligten Unternehmen haben nach Erkenntnissen des Bundeskartellamtes mindestens seit 2001 verbotene Preis- und Quotenabsprachen praktiziert und den Markt für Feuerwehrfahrzeuge in Deutschland untereinander aufgeteilt.

Der Städteverband hat den Kommunen geraten evtl. Schadenersatzansprüche zu prüfen.

Die Stadt Ratzeburg hat in dem Zeitraum von 2001 bis heute lediglich das Fahrzeug HLF 20/16 beschafft. Die öffentliche Ausschreibung nach EU-Vergaben im offenen Verfahren ergab:

- LOS 1 Fahrgestell                      Fa. Daimler AG, NL Lübeck
- LOS 2 Aufbau                            Fa. Schlingmann & Co.KG, Dissen
- LOS 3 Beladung                        Fa. Schlingmann & Co.KG, Dissen.

Die Ausschreibung wurde durch die Firma KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH durchgeführt.

An der verbotenen Preisabsprache beteiligt ist die Fa. Schlingmann, nicht die Fa. Daimler AG.

Die Verwaltung hat unverzüglich Kontakt mit der Firma KUBUS aufgenommen, das Antwortschreiben vom 28.02.2011, eingegangen am 03.03.2011 wird dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben. Außerdem ist vorbereitend der Kontakt zu einem Rechtsanwalt aufgenommen worden. Da KUBUS zusammen mit dem Städteverband die Ansprüche der Städte umsetzen will, soll dies jedoch auf dem von dort vorgeschlagenen Wege vorgenommen werden.

**Mitgezeichnet haben:**